

Inhalt:

Seite 1-2:

„Wir machen die gleichen Fehler wie in den 60er Jahren.“

Interview mit Witold Kaminski

Seite 3 – 4:

Zur Situation von Einwander_innen aus den EU-Ländern in Deutschland

Von Tatjana Forner und Anne Wollenhaupt

Seite 5 – 7:

Rassistische Polizeigewalt – ein Tabuthema und seine psychischen Folgen

Von Lisa Trabold

Seite 8:

Veranstaltungen, Texte, Termine

Die in *Leben nach Migration* wiedergegebenen Stimmen und Perspektiven sind nicht gleichzusetzen mit den Positionen und Ansichten des MRBB.

Kein Wir ohne Uns

„Wir machen die gleichen Fehler wie in den 60er Jahren“

Interview mit Witold Kaminski

Seit dem 1. Mai 2011 gilt für Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien und Ungarn die uneingeschränkte Arbeitsfreizügigkeit. Am 3. Mai fand eine Anhörung im Ausschuss des Abgeordnetenhauses für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen zu diesem Thema statt. Nach einem Jahr sollten Erfahrungen ausgetauscht und Schlussfolgerungen gezogen werden. Die Unternehmerverbände Berlin-Brandenburg (UVB) haben hierzu aktuelle Daten der Bundesagentur für Arbeit abgefragt. Der erwartete Massenzug bestätigte sich nicht. Prognostiziert wurde, dass allein aus Polen über eine halbe Million Einwanderer_innen kämen. Gekommen sind nicht einmal 40 000. In Berlin wurden laut der aktuellsten Statistik knapp 3.800 neue Beschäftigungsverhältnisse von Menschen aus diesen acht mittel- und osteuropäischen Ländern begonnen. Dies entspricht 2,4 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse in Berlin. Für den Polnischen Sozialrat (PSR) ist das Ausbleiben einer großen Migrationsbewegung keine Überraschung. Wir sprachen mit Witold Kaminski vom PSR über Probleme, mit denen Menschen in die Sozialberatung des PSR kommen und über die Veränderung seit dem 1. Mai 2011.

Der PSR war nicht überrascht, dass die angekündigten 600 000 Menschen aus Polen ausblieben. Wieso wusstet ihr besser Bescheid als die Expert_innen?

In Deutschland wird es als Selbstverständlichkeit angenommen, dass alle hier her kommen wollen. Das stimmt so natürlich nicht. Wir kennen echte Menschen und nicht Zahlen. Uns suchen an die 5000 Menschen jährlich auf. Unsere Einschätzungen beruhen auf dem, was die Men-

schen uns tagtäglich erzählen.

Was hat sich für die Menschen aus Polen, die vor dem 1. Mai 2011 hier lebten verändert?

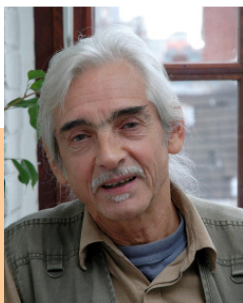
Menschen, die hier halblegal oder illegal gewesen sind, konnten sich legalisieren und somit ihren Aufenthalt stabilisieren. Die Tatsache der Arbeitsfreizügigkeit alleine bringt jedoch nichts. Man muss schon auf die Menschen zugehen. Die Menschen müssen wissen, wie sie an ihre Rechte kommen.

Welche Probleme gibt es aus Sicht der Migrant_innen?

Die Übergangsfristen bis zur Arbeitsfreizügigkeit führten dazu, dass Menschen die Dienstleistungsfreiheit nutzten, um Gesetze zu umgehen. Fast alle männlichen Polen haben eine Firma in der Baubranche und fast alle Frauen haben eine Reinigungsfirma angemeldet. Dies führte zur Scheinselbstständigkeit, die in der Praxis nichts anderes ist als Schwarzarbeit. Die Übergangsfristen ermöglichten es den Arbeitgeber_innen das Arbeitsrecht zu umgehen. Heute ist kaum ein_e Arbeitgeber_in bereit jemanden anzustellen, wenn er_sie dafür auch eine_n Auftragnehmer_in beschäftigen kann. So befinden sich auch weiterhin viele in der Scheinselbstständigkeit. Die Statistiken sagen uns nun, dass nur Bauhelfer und Putzfrauen gekommen sind. Aber diese Menschen haben häufig einen Hochschulabschluss, danach fragt sie nur niemand.

War denn die Politik auf Veränderungen nach dem 1. Mai 2011 vorbereitet?

Die Politik war absolut unvorbereitet.



Witold Kaminski (65) ist seit 40 Jahren verheiratet, seit über 30 Jahren Vater einer Tochter und genauso lange lebt er in Berlin. Er hat Wirtschaft studiert, als Trickfilmzeichner, Radiojournalist, Sozial- und Jugendarbeiter und als Sozialpädagoge gearbeitet. Seit vielen Jahren ist er im Polnischen Sozialrat aktiv. Der PSR wurde 1982 gegründet. Er ist in den Bereichen Soziales, Senioren, Frauen, Kultur und Jugendaustausch tätig. Die zentrale Aufgabe liegt in der bedarfsorientierten, themenübergreifenden, mehrsprachigen Beratung und individuellen Hilfeleistung für in Berlin lebende Migrant_innen mit polnischem Hintergrund. Der Verein zählt an die 400 Mitglieder und ist multikulturell besetzt. Circa 5000 Beratungen jährlich werden in Anspruch genommen. Die Grundfinanzierung Seitens des Senats beinhaltet eine halbe Stelle und die Bürokosten. Die Arbeit des PSR ist nur durch das Engagement vieler Ehrenamtlicher möglich.
<http://www.polskarada.de>

Man stelle die erwartete Zuwanderung immer als Problem dar und begriff sie nicht als Investition. Hinzu kommt ein Aktionismus in Bezug auf irrelevante Themen. So stürzen sich viele auf das Thema „Ausbeutung“, „Versklavung von Frauen“ oder „Menschenhandel“. Das klingt so toll. Früher war das vielleicht eine Erscheinung. Heute haben die Menschen aber andere Probleme. Die Beratungsstelle des DGB für „Entsante Arbeitnehmer_innen“, geht auch völlig an der Realität vorbei. Laut DGB gibt es 700 Menschen, die das betrifft. Beim PSR hatten wir in zwei Jahren drei solcher Fälle. Zur Selbstständigkeit haben wir jährlich 1000 Fragen.

Was müsste sich aus deiner Sicht ändern?

Es muss eine Beratungsstruktur her, die sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet und nicht den Köpfen von Expert_innen entspringt. Es gibt spezifische Gruppen mit spezifischen Problemen. Alle Fachberatungen, die sich mit diesen Themen befassen, sollten sich vernetzen, mit regelmäßigen Treffen, um Standards zu erarbeiten, Erfahrungen auszutauschen und die Qualität der Beratungen zu erhöhen. Zudem müssen die Jobcenterangestellten dringend aufgeklärt werden. Das würde eine Menge Geld sparen. Häufig lehnen sie Anträge fälschlicher Weise ab. Sie sollten Fortbildungen besuchen, damit sie Ratsuchenden wirklich helfen können eine Arbeit zu finden. Nur ein „Nein, hau ab!“ reicht nun Mal nicht aus. Das bringt niemandem etwas und führt zu sozialen Katastrophen.

Gibt es denn genügend Beratungsstellen?

Es gibt viele Beratungsstellen, aber sie können nicht auf die speziellen Bedürfnisse der Menschen eingehen und oft beraten sie falsch. Deshalb brauchen wir ein Beratungsnetzwerk. Wichtig ist vor allem eine umfassende Erstberatung. Hier sollte der Mensch in seiner individuellen Lebenssituation betrachtet werden. Der PSR kann eine Erstberatung anbieten, weil wir in verschiedenen Feldern tätig sind. Aber es muss mehr kompetente Anlaufstellen geben und alle diese Stellen müssen entsprechend finanziert werden. Denn wie sollen wir 5000 Beratungen nur mit Ehrenamtlichen leisten?

Mit welchen Fragen kommen die Menschen zu

euch in die Beratung?

Im Grunde geht es bei uns in der Beratung immer um Fragen der Aufklärung. Nachher kommt ein junger Mann, der seit vier Jahren hier lebt. Er ist ausgebildet, aber arbeitet als Bauhelfer, weil ihm die Deutschkenntnisse fehlen. Um sich beruflich zu verbessern, will er jetzt einen Deutschkurs machen. Er möchte wissen, ob er eine Chance hat eine Leistung vom Jobcenter zu bekommen. Denn, wenn er täglich zwölf Stunden arbeitet, hat er keine Chance auch noch einen Deutschkurs zu besuchen. Das ist eine interessante Frage aus der Lebensrealität der Menschen. So etwas müsste man mit der Politik besprechen.

Was könnt ihr konkret für diesen Mann tun?

Naja, es geht um viel mehr Fragen, als um diese eine. Um Fragen, von denen der Mann nicht wusste, dass sie zu stellen sind: Um die Art seines Arbeitsverhältnisses, seinen Lohn und seine Krankenversicherung. Es stellt sich heraus, dass er in der Scheinselbstständigkeit arbeitet, sein Chef ihm weniger zahlt als vereinbart wurde und er nicht krankenversichert ist. Er muss aufgeklärt werden. Ich werde mit ihm mindestens eine Stunde reden und ein Szenario entwickeln, das den Gesetzen entspricht und das ihm weiter hilft. Das schaffen wir, aber das kann momentan keine andere Beratungsstelle!

Wie schätzt du die heutige Entwicklung im Vergleich zu früher ein?

In letzter Zeit sehe ich eine sehr negative Entwicklung in Deutschland. Wir machen die gleichen Fehler wie in den 60er Jahren. Die Menschen werden zur Arbeit geholt, zur reinen Verwertung. Das Schubladendenken ist sehr stark. Das Leben von Menschen funktioniert aber nicht so. Das Soziale ist kommerzialisiert, Menschen werden nicht gemäß ihrer Fragen und Bedürfnisse beraten. Diese Defizite erzwingen dann entsprechende Überlebensstrategien und prekäre Lebensbedingungen. Ein hoher Preis, den die Menschen und damit die ganze Gesellschaft zahlen. Das muss sich ändern.

Wir danken dir für das Gespräch.

Das Interview führte Sabine Bretz

Zur Situation von Einwanderer_innen aus den EU-Ländern in Deutschland

von Tatjana Forner und Anne Wollenhaupt

Im Rahmen dieses Artikels möchten wir kurz über Erfahrungen aus unserer sozialen Beratungsarbeit mit EU-Bürger_innen aus Osteuropa berichten. Die Menschen, die bisher in Beratungen bei Club Dialog e. V. waren, stammen ursprünglich aus Lettland (70%), Litauen (25%) sowie Estland, Polen und Rumänien (5%). An der Beratung zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen nahmen zu 25% Menschen aus Polen teil.

Das Thema „Neueingewanderte Osteuropäer_innen“ in Berlin ist kein einfaches: Die gegenwärtige Situation dieser Gruppe ist sehr widersprüchlich. Einerseits sichern gesetzliche Regelungen EU-Bürger_innen und ihren mit eingereisten Angehörigen nach Anmeldung eines festen Wohnsitzes in Deutschland die Freizügigkeitsbescheinigung zu, durch die das uneingeschränkte Recht zur Arbeitsaufnahme und der Erhalt von Sozialleistungen garantiert werden sollen. Andererseits zeigt die Realität, dass die gesamte soziale Absicherung der EU-Einwanderer_innen große Defizite aufweist.

Eine relativ große Gruppe an Osteuropäer_innen war schon im Vorfeld der Inkraftsetzung der Freizügigkeitsregelung am 1. Mai 2011 in den sozialen Beratungen von Club Dialog e.V. vertreten. Ein Teil davon war bereits seit mehreren Jahren in Berlin und versuchte das ökonomische Dasein auf die eine oder andere Weise zu sichern. Besonders verbreitet war die Anmeldung eines Gewerbes, um ein Arbeitsverhältnis aufnehmen zu können, bei dem die_der Arbeitgeber_in für keinerlei soziale Absicherungen Sorge zu tragen hat. Diese Form der Scheinselbstständigkeit war oft

die einzige Möglichkeit überhaupt eine Arbeit in Deutschland zu bekommen und zu behalten.

Unsere Erwartung, dass sich die Situation nach dem 1. Mai 2011 grundlegend ändert, wurde nicht erfüllt: Unter den neu eingewanderten Arbeitskräften ist der Anteil an Hochqualifizierten sehr gering. Auch die erhoffte Erleichterung der Arbeitsmarktintegration, aufgrund des Wegfalls vieler vorher notwendiger „Erlaubnisse“, hat sich leider nicht im erwarteten Umfang eingestellt. Man könnte fragen warum? Liegt es an struktureller Diskriminierung in den Behörden? Oder daran, dass über gesetzliche Regelungen oft kein ausreichendes Wissen besteht? Oder daran, dass diese nicht beachtet und eingehalten werden?

Der Eindruck entsteht, dass viele der Neueinwanderer_innen in Berlin nicht willkommen sind. Dies ist umso bedauerlicher, da die meisten der neu eingewanderten EU-Bürger_innen, oft über eine gute fachliche Qualifizierung verfügen, sehr motiviert sind und somit über umfangreiche Potentiale verfügen. Worüber sie nicht verfügen, ist konkretes Wissen in Bezug auf Lebensrealitäten, Rechte und Pflichten im Einwanderungsland Deutschland. Hier besteht ein großer Aufklärungsbedarf.

Veröffentlichte hilfreiche Literatur und Internetseiten erreichen die Klient_innen nicht. Es gibt kaum Informationsmaterialien in verschiedenen Sprachen für EU-Einwanderer_innen und die wenigen auf diese Zielgruppe ausgerichteten Beratungsstellen haben oft kein Dolmetschangebot. Weiterhin gibt es keine qualifizierten EU-Rechtsanwält_innen in Berlin, die für EU-Bürger_innen zur Verfügung stehen. Die einzige Rechtsanwältin und EU-Bürgerberaterin für die Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin ist nicht mehr tätig. Zu einem nicht zu bewältigenden Problem, auch für Behörden wird es, wenn in bestimmten Situationen die Schnittstellen



Tatjana Forner (Foto) ist Mitgründerin und Geschäftsführerin von Club Dialog e.V.

Anne Wollenhaupt (ohne Foto) ist seit Februar 2012 als Projektleiterin vom "Kommunikations- und Beratungszentrum" bei Club Dialog e.V. beschäftigt.



Club Dialog e. V. wurde 1988 in Ost-Berlin gegründet – zunächst als informelle Vereinigung, um den kulturellen und politischen Dialog zwischen russischsprachigen Berliner_innen und Berliner_innen anderer Herkunft und Kultur

anzuregen und die Integration der Einwanderer_innen aus der ehemaligen Sowjetunion zu fördern. Im Laufe von zwei Jahrzehnten hat Club Dialog eine Struktur aufgebaut, die mit ihren Arbeitsbereichen wie soziale, Berufs- und Ausbildungsberatung, Berufsorientierung und Bildung, die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern, kulturelle und soziokulturelle Arbeit mit älteren Menschen, eine umfassende Integrationsarbeit für alle Generationen ermöglicht. In diesem Rahmen werden nach den Erfordernissen, der sich verändernden Realität, immer wieder neue Projekte entwickelt, die individuelle wie gesellschaftliche Interessen berücksichtigen. Club Dialog e.V. beteiligt sich aktiv und engagiert am kulturellen und politischen Leben in Berlin und bundesweit. Aktuell ist der Verein an drei Standorten mit verschiedenen Projekten in Berlin vertreten. www.club-dialog.de

zwischen dem EU-Recht und dem nationalen Sozialrecht nicht miteinander synchronisiert sind.

Zu weiteren Problemen dieser Zielgruppe gehören: Sozial- und Krankenversicherung fehlen oft, da viele EU-Einwanderer_innen gezwungen sind eine Scheinselbstständigkeit aufzunehmen und privat Sozialbeiträge abzuführen, dadurch ist eine gesundheitliche Versorgung, besonders für Kinder unter drei Jahren nicht sichergestellt und es besteht eine hohe Gefahr der Verschuldung. Viele qualifizierte Arbeitskräfte aus Osteuropa arbeiten in Berlin im Bereich Pflege. Dort, wie auch in der Baubranche bestehen oft prekäre Arbeitsverhältnisse. Hier gibt es für EU-Einwander_inne fast ausschließlich nur die Möglichkeit ohne Sozialversicherung zu arbeiten. Ohne Krankenversicherung sind auch Arbeitsunfälle nicht abgesichert, was für die Betroffenen fatale Auswirkungen haben kann und ein hohes Gesundheitsrisiko darstellt. Oft ist die Angst den Arbeitsplatz und somit die eigene Existenzgrundlage in Deutschland zu verlieren so groß, dass die unzumutbaren Bedingungen ohne Gegenwehr in Kauf genommen und akzeptiert werden. Dazu zählen beispielsweise eine unregelmäßige Anzahl an Arbeitsstunden, das Arbeiten ohne Pause, Verzicht auf freie Wochenenden und Feiertage sowie die Ableistung von Überstunden ohne Zeit- oder Zahlungsausgleich. Oft gibt es keine oder unzureichende vertragliche Regelungen, die sich nachteilig auf die Lebenssituationen der EU-Arbeitnehmer_innen auswirken. In unseren Beratungen im Jahr 2012 trafen die beschriebenen Arbeitsbedingungen und die Scheinselbstständigkeit in 28 von 30 Fällen zu. Als Beispiel kann hier der Fall eines EU-Bürgers genannt werden, der als „Selbstständiger“ auf einer Baustelle beschäftigt war. Nach einem schweren Arbeitsunfall war er nicht mehr arbeitsfähig und somit auch nicht mehr in der Lage, den Lebensunterhalt seiner Familie zu bestreiten, zu der seine Frau und drei

Kinder zählen.

Aufgrund des Wissensdefizits der Zielgruppe können Gesetzgebungen im Arbeitsrecht von Arbeitgeber_innen bewusst missachtet werden. Nur in 2 von insgesamt 42 Fällen, hatten die Betroffenen den Mut und die Energie, sich gegen ihre prekären Arbeitsverhältnisse zu wehren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der jetzt schon große Bedarf an Beratungen für EU-Einwanderer_innen aufgrund der sozialpolitischen Entwicklungen in Deutschland, wie auch in der EU, weiter steigen wird. Um eine gerechte gesellschaftliche Partizipation dieser Zielgruppe zu gewährleisten bedarf es dringend der Förderung von Wissen und Bildung sowie der Aufklärung zu Rechten und Lebensbedingungen im Einwanderungsland. Berlin braucht dringend qualifizierte Berater_innen und Beratungsstellen.

Migrant_innenorganisationen, die derzeit ehrenamtlich Beratungen durchführen, müssen unterstützt werden. Auch Behörden und Institutionen müssen sich der spezifischen Ausgangslage von EU-Bürger_innen und Arbeitskräften bewusst werden und sich entsprechend darauf einstellen. Dazu zählt auch der Bereich der Anerkennung von im Ausland erworbener Abschlüsse.

Vernetzungsarbeit, aber auch der dringende politische Diskurs zur Unterstützung und Förderung von Partizipationschancen sind dringend erforderlich, um nicht nur ein Bewusstsein zu schaffen, sondern auch konkret die gesetzlichen und rechtlichen Voraussetzungen für EU-Einwanderer_innen zu verbessern.

Für die zur Verfügung gestellten Informationen bedanken wir uns bei unseren Beraterinnen Tatjana Schoner und Lubow Beschareti.

Rassistische Polizeigewalt – ein Tabuthema und seine psychischen Folgen

von Lisa Trabold

„In Berlin wurde 2006 in 234 Fällen, 2007 in 278 und 2008 in 548 Fällen gegen Polizisten wegen Körperverletzung im Amt ermittelt. Die Berliner Behörden erklärten den Anstieg diesbezüglicher Ermittlungsfälle für 2008 mit Veränderungen bei der statistischen Erhebungsmethode. In Berlin kam es 2006 deswegen zu 21 und 2007 zu 13 Verurteilungen. Nach einer wissenschaftlichen Untersuchung aus dem Jahr 2003 werden Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung im Amt gegen Polizeibeamte häufiger ohne eine Gerichtsentscheidung eingestellt als sonstige Ermittlungsverfahren gegen andere Personen.“

Aus dem Amnesty International Bericht „Täter unbekannt“

Manchmal dringt doch das ein oder andere pikante Detail eines Polizeieinsatzes an die Öffentlichkeit oder die Situation eskaliert so sehr, dass kein Deckmantel mehr darüber passt. Aber diese, dann auch öffentlich diskutierten Fälle, wie der von Oury Jalloh, der 2005 in einer Arrestzelle der Dessauer Polizei verbrannte, sind nur die absolute Spitze des Eisberges. Genaue Zahlen gibt es nicht. Es ist davon auszugehen, dass ein großer Teil der Betroffenen nicht gegen die diskriminierenden Behandlungen vorgeht. Gründe dafür gibt es viele. Im „klassischen“ Fall ist mit einer Gegenanzeige der Polizei zu rechnen, sobald die_der Betroffene die Beamt_innen wegen „Körperverletzung im

Amt“ anzeigt. Diese Gegenanzeige hat erhebliche Folgen.

Eben Louw, der als psychologischer Berater bei der Opferberatungsstelle „OPRA-Gewalt – psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ arbeitet, berichtet über die Besonderheiten in der Arbeit mit Klient_innen, die Opfer rassistischer Polizeigewalt wurden:

„Es gibt viele Besonderheiten. Eine Besonderheit ist, dass die Menschen in der Regel gar nicht darauf kommen, sich Hilfe zu suchen. Häufig ist es so, dass die Klient_innen mit einer Gegenanzeige konfrontiert und somit als Täter_innen dargestellt werden und nicht als Opfer. Das ist ein Grund, warum es schwierig ist, sie zu erreichen. Sie erhalten dann keine finanzielle Unterstützung und nehmen unter anderem deswegen oft keine_n Anwältin_Anwalt. Dadurch, dass der_die Täter_in ein_e Polizist_in war, ist für sie der Weg zur Hilfe erschwert. Dazu kommt häufig Verfolgungsangst. Angst, dass es wieder passiert, und dass noch andere Dinge im Zusammenhang damit passieren, z.B. dass bei ihnen eine Hausdurchsuchung durchgeführt wird, dass die_der Staatsanwältin_Staatanwalt weitere Ermittlungen einleitet, dass das Opfer als Angeklagte_r verurteilt wird. Und auch wenn es zu einem ‚Prozessgewinn‘ kommt, die Angst vor Racheakten besteht. Es ist im Denken eines Opfers rassistischer Gewalt eher so: ‚Das war eine einmalige Sache, ich kann den Ort meiden, die_der Täter_in wird vielleicht weg gesperrt oder



Lisa Trabold studiert Psychologie an der FernUniversität Hagen derzeit absolviert sie ein Praktikum bei OPRA.

¹ Reize, die in der Erinnerung mit dem Trauma in Verbindung gebracht werden
² Starkes Widererleben früherer Erinnerungen und Gefühlszustände.

abgeschreckt', man kann dem sozusagen entkommen, dass es sich wiederholt. Wenn aber die_der Täter_in ein_e Polizist_in ist, sind die Möglichkeiten «traumaassoziierte Stimuli»¹ zu vermeiden erheblich eingeschränkt.“

Ein Gewalterlebnis mit der Polizei kann für die Betroffenen ein traumatisches Erlebnis sein. Die Folgen davon können sich im schlimmsten Fall in einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) manifestieren. Für die Opfer heißt das, dass sie das Erlebnis immer wieder durchleben z.B. in Alpträumen und «Flashbacks»². Sie bemühen sich, jegliche Trauma relevanten Gedanken, Gefühle, Orte oder ähnliches zu vermeiden. Wie bereits oben erwähnt, gestaltet es sich schwierig dies erfolgreich zu tun, wenn die_der Täter_in ein_e Polizist_in war. In Berlin hört man fast täglich Polizeisirenen oder sieht Streifenwagen. Das kann sich als Auslöser für ein Wiedererleben des Traumas auswirken. Neben der Vermeidung und dem Wiedererleben kommt es auch zu Aufmerksamkeits- und Konzentrationsstörungen, übertriebener Schreckhaftigkeit und Schlaflosigkeit. Das Gehirn sorgt dafür, dass Teile des Traumas dem Bewusstsein nicht mehr zugänglich sind, damit der Mensch weiter funktionieren kann. Diese so genannte Dissoziation beschränkt sich jedoch nicht nur auf Trauma relevante Erinnerungen, sondern kann sich ausbreiten und dazu führen, dass der Mensch immer vergesslicher wird und zum Beispiel Termine nicht wahrnimmt. Viele Betroffene sind nach dem traumatischen Erlebnis auch im Alltag mit Rassismus konfrontiert. Dazu Eben Louw: „Das Leben nach einem traumatischen Erlebnis hat sich völlig verändert. Oft wird über betroffene Menschen gesagt, dass sie so sensibel geworden sind. Das hat natürlich auch etwas mit den Eskalationsängsten zu tun. Jede Auseinandersetzung, jeder Konflikt bietet im Auge des Betroffenen Potenzial für Gewalt. Sie sind also sehr sensibel für rassistische Ausgrenzung oder Andeutungen von rassistischer Ausgrenzung. Ein Beispiel dafür ist ein

Mann, der einen Angriff von Rechtsradikalen erlebt hatte. Zwei Jahre später, als er beim Bäcker war um Brötchen zu kaufen, wurden links und rechts und sogar hinter ihm die Kund_innen bedient, nur er nicht. Bis ein anderer Kunde die Verkäuferin darauf aufmerksam gemacht hat. Der Mann ist zusammen gezuckt und aus dem Laden gerannt ohne etwas zu kaufen, weil er die Motivation des Verhaltens der Verkäuferin nur mit Rassismus erklären konnte und Angst vor einer erneuten Eskalation der Situation hatte, so wie damals.“

Zusätzlich zu dieser erhöhten Sensibilität entwickeln Betroffene auch Bewältigungsstrategien, die anderen Menschen wahrscheinlich übertrieben vorkommen. Sozialer Rückzug und Verdrängung sind die ganze Symptomatik, die bei PTBS zu sehen ist.

Alltagsrassismus gibt es immer. Menschen, die länger mit rassistischen Bemerkungen, Beleidigungen und ähnlichem konfrontiert sind, haben gelernt das zu verdrängen. Oft berichten zum Beispiel Schwarze Klient_innen, dass sie mit *weißen* Freund_innen unterwegs waren und Beleidigungen gar nicht gehört haben. Dieser Schutz, den man über Jahre aufgebaut hat, geht nach einem rassistischen Gewalterlebnis verloren.

Die andere Seite bei Alltagsrassismus ist die, dass Betroffene aufgrund eines Merkmals wie Hautfarbe, Herkunft oder religiöser Zugehörigkeit angegriffen werden. Damit wird die eigene Identität angegriffen, auch als Teil einer Gruppe, da die Identität durch die Gruppe mit definiert wird. Es kann dazu kommen, dass Betroffene die gesamte Gruppe („community“) nach einem rassistischen Gewalterlebnis als Opfergruppe wahrnimmt. Wird beispielsweise in den Medien etwas gedruckt, sagen wir mal gegen das Tragen von Kopftüchern, dann fühlt man sich persönlich angegriffen und es

wird einem wieder bewusst, Teil dieser potentiellen Opfergruppe zu sein, und daran nichts ändern zu können. Diese Merkmale lassen sich nicht verstecken oder ändern. Das kann zu einem Verlust des „social support“ führen, weil man sich dann eher von der „community“ fernhält. Obwohl man seine Hautfarbe oder arabische Herkunft oder was auch immer nicht ändern kann, nicht ausradieren kann, versucht man sich aus der Gruppe heraus zuhalten. Das führt dazu, dass einem diese Ressourcen fehlen.

Was man bei der Berichterstattung über die so genannte NSU Terrorgruppe gemerkt hat ist, dass die Opfer und Angehörigen unter Generalverdacht standen und dadurch Ausgrenzung in der Gesellschaft, in der Familie und im Freundeskreis stattgefunden hat. Dass heißt, dass der „social support“ (soziale Unterstützung) und die damit verbundenen Ressourcen einfach wegfallen und die Integrität der Opfer in Frage gestellt wird. Der Verlust an Glaubwürdigkeit und die Kriminalisierung Seitens der Behörden bringt ein enormes Schamgefühl mit sich.

Opfer rassistischer Polizeigewalt verlieren nicht nur die Grundsicherheit und das Grundvertrauen in den Rechtsstaat und die Polizei als beschützende Macht, sie verlieren auch die Unterstützung durch ihre „community“, ihr Selbstwertgefühl, ihre Integrität und ihre Zukunftsperspektiven. Die Mehrheit der weißen Deutschen hat keine eigenen Diskriminierungserfahrungen sammeln müssen und kann sich nicht in die Lage der Betroffenen versetzen. Die Auseinandersetzung mit rassistischer Polizeigewalt hält sich stark in Grenzen. Rassismus bei der Polizei darf kein Tabuthema sein, denn es geht jede_n etwas an, die_der in einer demokratischen und gerechten Gesellschaft leben möchte.

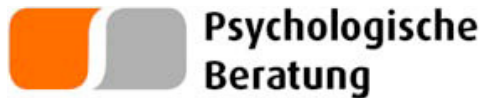
Artikel 1 GG

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Artikel 3 GG

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.



**Psychologische
Beratung**

Für Opfer rechtsextremer,
rassistischer & antisemitischer Gewalt

OPRA bietet Psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt. OPRA kann Betroffene schnell, unbürokratisch und kostenlos, psychologisch und therapeutisch unterstützen. Das Angebot richtet sich auch an Zeug_innen eines Angriffs und an die Angehörigen der Opfer. OPRA ist ein Projekt von ARIBA e.V.. Psychologischer Berater bei OPRA ist Eben Louw.

Eben Louw ist seit 2012 Vertreter des MRBB im Psychiatriebeirat Reinickendorf.

Kontakt: Oranienstr. 159 10969 Berlin
Tel: 0 30.92 21 82 41 (Anrufbeantworter)
Fax: 0 30.69 56 83 46
www.opra-gewalt.de
info@opra-gewalt.de

Migrationsrat Berlin-Brandenburg

Oranienstr. 34
10999 Berlin

TELEFON:
030 / 61658755

FAX:
030 / 61658756

E-MAIL:
presse@mrbb.de

Herausgeber: MRBB

Redaktion:
Angelina Weinbender (aw),
Claudia Hahn,
Necat Sunar,
Koray Yilmaz-Günay
Iris Rajanayagam (ir),
Sabine Bretz (sb),

Texte können verwendet
und vervielfältigt werden,
sofern die Quelle angege-
ben ist.

www.mrbb.de

Über den MRBB

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB), ein Dachverband mit 76 Mitgliedsorganisationen, versteht sich als Interessenvertretung von „Migrant_innen“ und ihren Angehörigen und setzt sich für ihre rechtliche, soziale und politische Gleichstellung ein. Themen des MRBB sind u.a. Partizipation, Bildung, Medien und Empowerment. Der Newsletter erscheint monatlich und ist als Informationsmedium an alle direkten oder indirekten Mitglieder und darüber hinaus an Multiplikator/innen und Interessierte gerichtet. Für Mitglieder gibt es monatlich einen Redaktionstag, an dem sie ihre Anliegen für den Newsletter thematisieren können. Artikel können unverbindlich an presse@mrbb.de gesandt werden.

Veranstaltungen, Texte, Termine:

Der MRBB zeigt den Film „Residenzpflicht“ von Denise Garcia Bergt.

Mi, 06.06.2012 um 19:30 Uhr
Ort: „Der Familiengarten“, Oranienstr. 34
Eintritt: 3–5 Euro

www.residenzpflichtdoc.com

Außerordentliche Hauptmitgliederversammlung und Vertreterratsitzung

Fr, 08.06.2012 um 18 Uhr bei Glad e.V,
Kluckstraße 11, 10785 Berlin

**EMPOWERMENT gegen Rassismus
von und für Frauen of Color**

Sa/So, 09. und 10.06.2012, 09.00-17.00
Uhr im MRBB. Dieser Empowerment-
Workshop richtet sich an Frauen of Color,
deren Entfaltungsmöglichkeiten durch
verschiedene Herrschaftsverhältnisse wie
Rassismus und Sexismus negativ
beeinflusst werden.

Anmeldebogen unter:

Tagung „Inklusion durch Partizipation“

Am Sa/ So, 16. und 17.06.2012
veranstaltet das Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches Engagement (BBE) in
Kooperation mit dem MRBB in Berlin eine
Tagung zum Thema Inklusion durch
Partizipation.

Hinweise zum Programm entnehmen Sie
bitte dem Einladungsflyer:

<http://tinyurl.com/fachtagungpartizipation>

Bündnis gegen Rassismus

**Termine und Ort werden auf der Ho-
mepage des MRBB veröffentlicht un-
ter**

[https://webmailer.hosteurope.de/squirrel/
mail/src/webmail.php](https://webmailer.hosteurope.de/squirrel/mail/src/webmail.php)

REZESSIONEN IM MRBB

**Sie kontrollieren uns, weil wir
Schwarz sind II**

Berlin, 14.05.2012: Morgen steht erneut
eine Betroffene von racial profiling
wegen Beleidigung von Polizeibeamten
vor Gericht. KOP und der MRBB rufen
zur Prozessbeobachtung auf.

Weiterlesen unter:

<http://tinyurl.com/aufrufprozessbeobachtung>

Sie kontrollieren uns, weil wir

Schwarz sind II - Prozessaufakt

Berlin, 15.05.2012: Heute sind zahlrei-
che Prozessbeobachter_innen zur Un-
terstützung von Talha B.* erschienen.
Der Gerichtssaal war überfüllt, zahlrei-
che Beobachter_innen saßen auf dem
Boden oder standen an die Wand ge-
lehnt. **Weiterlesen unter:**

<http://tinyurl.com/prozessaufakt>

**Der MRBB unterstützt die online Petition
„Stoppt Racial Profiling“**

[http://openpetition.de/petition/online/stoppt-
racial-profiling](http://openpetition.de/petition/online/stoppt-racial-profiling)

Offener Brief zum „Racial Profiling“ des
Koblenzer Verwaltungsgerichts

*z.H. Dr. Hans-Peter Friedrich (Bundesmi-
nisterium des Innern), z.H. Marion Eckertz-
Höfer (Bundesverwaltungsgericht), Ralf
Geis (Präsident des Verwaltungsgerichts)*

der Arbeitskreis Panafrikanismus, als Inter-
essensvertretung von AfrikanerInnen und
Menschen afrikanischer Herkunft in
Deutschland, hat mit Empörung das Urteil -
5 K 1026/11.KO - des Koblenzer Verwal-
tungsgerichtes vom 28.02.2012 zur Kennt-
nis genommen und fordert ein Revisions-
verfahren.

Weiterlesen unter:

<http://tinyurl.com/offenerbriefkoblenzerurteil>